



HESSISCHER LANDTAG

08. 03. 2022

SIA

Dringlicher Berichts Antrag

**Dr. Daniela Sommer (SPD), Lisa Gnadt (SPD), Ulrike Alex (SPD),
Nadine Gersberg (SPD), Turgut Yüksel (SPD) und Fraktion
Barmer Pflegereport**

Die Zahl der Pflegebedürftigen und der Pflegepersonalbedarf steigt in Hessen zukünftig noch stärker als angenommen. Bis zum Jahr 2030 werden annähernd 12.000 Pflegekräfte mehr benötigt als derzeit in Hessen beschäftigt sind. Mit rund 455.000 wird die Zahl der Pflegebedürftigen dann etwa um 80.000 Betroffene höher liegen, als bisherige Vorausberechnungen annahmen. Das geht aus dem aktuellen Pflegereport der BARMER hervor. Bis zum Jahr 2030 werden in Hessen 5.000 ausgebildete Pflegefachkräfte mehr benötigt, als derzeit beschäftigt sind. Das sind rund 1.000 mehr als auf Basis rein demografischer Vorausberechnungen bisher angenommen wurden. Auch Pflegehilfskräfte mit Ausbildung werden benötigt. Bis 2030 müssen auch in dieser Berufsgruppe 2.000 Personen mehr beschäftigt werden als derzeit, um die zukünftigen Bedarfe zu decken. Auch diese Zahl wurde bisher um rund 1.000 Personen unterschätzt. Zusätzlich werden rund 4.000 Pflegehilfskräfte ohne Ausbildung zu den derzeit Beschäftigten bis 2030 in Hessen benötigt.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Soziales und Integration (SIA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Ergebnisse des Barmer Pflegereports?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die sprunghaften Anstiege der Pflegebedarfe in Hessen?
3. Wie wird sie darauf reagieren?
4. Wie will die Landesregierung gewährleisten, dass 2030 die 5000 ausgebildeten Pflegefachkräfte zur Verfügung stehen?
5. Wie will die Landesregierung gewährleisten, dass bis zum Jahr 2030 2000 Pflegehilfskräfte mit Ausbildung zur Verfügung stehen?
6. Wie will die Landesregierung gewährleisten, dass bis zum Jahr 2030 4000 Pflegehilfskräfte ohne Ausbildung zur Verfügung stehen?
7. Inwiefern können die derzeitigen Ausbildungskapazitäten die Bedarfe decken?
8. Will die Landesregierung die Ausbildungs-, Fort- und Weiterbildungskapazitäten erweitern? Wenn ja, wie bzw. wie viele neue Plätze sollen geschaffen werden und wie werden diese finanziert?
9. Inwiefern sollen vermehrt Umschulungsmöglichkeiten angeboten werden, um in der Pflege eine Beschäftigung finden zu können?
10. Wie will die Landesregierung sicherstellen, dass Beschäftigte in der Pflege ihren jeweils ausbildungsgemäßen Aufgaben nachkommen können und in multifunktionalen Teams arbeiten werden?
11. Wie will die Landesregierung dafür Sorge tragen, dass Beschäftigte in der Pflege gesunde Arbeitsbedingungen in den Einrichtungen vorfinden und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, eine angemessene Bezahlung der Pflegekräfte sowie Angebote zur betrieblichen Gesundheitsförderung etabliert werden?
12. Wie will die Landesregierung dazu beitragen, die Attraktivität des Pflegeberufs zu verbessern, um mehr Menschen in eine Pflegeausbildung zu bringen und gleichzeitig den Anteil derer, die aus dem Beruf ausscheiden, zu verringern?

13. Wie will die Landesregierung für eine Entlastung im beruflichen Alltag sorgen?
14. Wie will die Landesregierung pflegende Angehörige entlasten?
15. Inwiefern wird die Landesregierung in Hessen ihrer Pflicht nachkommen, die Investitionskosten für stationäre Pflegeeinrichtungen zu steigern?
16. Wie bereitet sich die Landesregierung vor, um den Pflegenotstand nicht zur Pflegekatastrophe werden zu lassen?
17. Inwiefern können sich Hessinnen und Hessen darauf verlassen, dass die Landesregierung dafür Sorge trägt, dass pflegebedürftige Menschen in Hessen künftig und insbesondere ab 2030 gut versorgt sind?

Wiesbaden, 8. März 2022

Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph

Dr. Daniela Sommer
Lisa Gnadl
Ulrike Alex
Nadine Gersberg
Turgut Yüksel